

Gemeinsame Presseerklärung der Landeselternvertretungen, der Landesschülervertretungen der Gemeinschaftsschulen, Regionalschulen, Gymnasien und der berufsbildenden Schulen sowie dem Verband der Schleswig-Holsteinischen Schulpsychologen

Desolate schulpsychologische Versorgung an Schleswig-Holsteins Schulen – Leidtragende schlagen Alarm

Schleswig-Holsteins Schulen - **Ohne Hilfe in der Not!**

Die Landeseltern- und die Landesschülervertretungen Schleswig-Holsteins sowie der Verband der Schleswig-Holsteinischen Schulpsychologen weisen auf eine dramatische Unterversorgung im Schulpsychologischen Dienst hin.

Während andere Bundesländer trotz wesentlich besserer Versorgung z.T. massiv den Dienst ausbauen, liegt SH mit einer durchschnittlichen Zuständigkeit für 18300 Schülerinnen und Schülern pro Schulpsychologen deutlich über dem bundesdeutschen Schnitt von 11000:1. Noch prekärer ist, dass Deutschland auch im europäischen bzw. internationalen Vergleich diesbezüglich weit abgeschlagen ist.

Die im Frühjahr 2011 geplanten Planstellenkürzungen des Ministeriums für Bildung konnten gerade noch verhindert werden, können aber angesichts des besorgniserregenden Ausmaßes an schulpsychologischer Unterversorgung nur der erste Schritt sein. Der Schulpsychologische Dienst braucht in einem weiteren Schritt dringend einen Ausbau auf mindestens den bundesdeutschen Schnitt: Dies könnte schon mit der Schaffung von etwa 13 zusätzlichen Stellen erreicht werden und die Versorgung schon derart verbessern, dass in den meisten Kreisen zumindest 2 Planstellen vorhanden wären.

In den letzten Schuljahren gab es – neben deutlich gestiegener allgemeiner Nachfrage - zunehmend auch viele schulische Krisenfälle in Schleswig-Holstein, bei denen Schulpsychologen Kriseninterventionen durchgeführt haben. Viele Amokdrohungen z.B. haben die Schulöffentlichkeit nach Winnenden beschäftigt, Suizide von Lehrkräften und Schülern, Erfahrungen schwerer Gewalt in der Schule, plötzliche Unfalltode von Schulbeteiligten, um nur einige zu nennen. Denkt man an mögliche „Großschadenereignisse“ wie z.B. einem Amoklauf ist offenkundig, dass Schleswig-Holstein auf ein solches Ereignis auf Ebene der Schulpsychologie nur unzureichend vorbereitet ist, insbesondere personell. Diese Situation ist für uns so nicht haltbar.

Ein etabliertes und wirksames schulisches Unterstützungssystem wird kaputt gespart, die entstandene Lücke wird durch andere pädagogischen Beratungssysteme, die flankierend trotzdem notwendig sind, nicht aufgefangen werden können.

„Ohne Hilfe in der Not!“ bedeutet - unverantwortbar für Schleswig-Holsteins Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte – eine unzureichende psychologische Betreuung nicht nur bei krisenhaften Ereignissen!

Im September 2011.

Gez. für die Landeselternvertretungen: Stefan Hirt (Landeselternbeirat der Gemeinschaftsschulen),
stefan@lebsh.de

Gez. für die Landesschülervertretungen: Torben Stallbaum (Landesschülersprecher der Gymnasien)

Gez. für den Verband Schleswig-Holsteinischer Schulpsychologen (VSHS): Jörg Lorenzen-Lemke (1. Vors.),
vshs-sh@web.de

Im Anhang befinden sich zusätzliche Informationen zum Thema!